Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt für den Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal

sowie aller Gemeindeverwaltungen des umliegenden Erzgebirgs.

Anzeiger

für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Wüstorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Gablenz, Grumbach, Erlichshain, Rußdorf, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittelfrohna, Ursprung, Altchemnitz, Erlbach, Tirpersdorf, Geyersdorf, Meinsdorf und Rußdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 315 Mk., monatlich 105 Pfg. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamte vierteljährlich 315 Mk., monatlich 105 Pfg., frei ins Haus vierteljährlich 3,57 Mk., monatlich 1.19 Pfg. Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Tageblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.

Der Anzeigenpreis beträgt in den eingesandten Preis für die einspaltige Kolonelzeile 25 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 75 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck entsprechender Rabatt. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Beschwerdefall aus. Zwangsweise Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt jeder Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Rabatte zur Berechnung.

Nr. 113 — Bank-Konto: Sparkasse Hohenstein-Ernstthal, Girokonto. — Sonntag, 18. Mai 1919. — Postscheck-Konto: Leipzig 2154. — 69. Jahrg.

Der Papst an den Reichspräsidenten.

Vom Vatikan ist dem Reichspräsidenten auf die Mitteilung seines Amtsantritts folgendes Schreiben zugegangen, das erst jetzt nach Berlin gelangt ist, weil es während der Räteherrschaft in München beim Nuntius liegen bleiben mußte:

„Dem ausgezeichneten ehrenwerten Manne Friedrich Ebert übersendet Papst Benedikt der Fünfzehnte Gruß und Heil. Wir haben Deinen Brief erhalten, in welchem Du in Deiner Liebenswürdigkeit uns benachrichtigst, daß Du am 10. Februar d. J. von der Nationalversammlung Deutschlands zum Präsidenten dieses Reiches gewählt worden bist und daß Du dieses Amt angenommen hast. Wir danken Dir für diesen Brief und beglückwünschen Dich zu dieser Dir übertragenen hohen Würde, dies um so mehr, als wir sehen, daß Du Sorge dafür tragen wirst, daß die zwischen unserem Apostolischen Stuhl und dem Deutschen Reiche bestehenden Beziehungen nicht nur unverändert bleiben, sondern noch fester werden sollen. Mit Recht nimmst Du an, daß es an unserer Mitarbeit hieran nie mangeln wird. Indem wir die Aeußerung Deiner Ehrerbietung und Liebenswürdigkeit erwidern, erbitten wir für Dich von Gott alles Segensreiche und Glückliche. Gegeben zu Rom, St. Peter, am 2. April 1919, im fünften Jahre unseres Pontifikats, gez. Benedikt der Fünfzehnte."

Scheidemanns „Unannehmbar".

Bei der Durchsicht auswärtiger Zeitungen ist festzustellen, daß die Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann in der letzten Sitzung der Deutschen Nationalversammlung dort ohne den entscheidenden Satz veröffentlicht worden ist, in dem die Friedensbedingungen der Entente in der uns vorgelegten Form für uns als unannehmbar bezeichnet worden sind. Anscheinend ist der dieses Wort enthaltende Satz der Scheidemannschen Rede erst im letzten Augenblick auf Grund der voraufgegangenen entscheidenden Aussprache im Kabinettsrat in den Text der Rede eingefügt worden.

Republik Pfalz auf französischen Druck.

Die Wühlereien der Franzosen in der Pfalz sollen nach in Berlin eingelaufenen Nachrichten zu dem Ergebnis geführt haben, daß es dem französischen Oberkommandierenden gelungen sei, die Bildung einer aus Pfälzer Bürgern bestehenden Truppe herbeizuführen. Diese soll die Absicht haben, am morgenden Sonntag mit einer Proklamation der Unabhängigkeit der Pfalz hervorzutreten.

Ein wildes Durcheinander in Stettin.

Die Stettiner Morgenblätter vom Freitag bringen über die Unruhen noch keine Zeile, da ihnen verboten worden ist, darüber zu schreiben. Stettin steht seit Freitag morgen unter dem Belagerungszustand. Nach Oeffnung des Gefängnisses wurden zuerst die Untersuchungsgefangenen und leichten Verbrecher, später aber sämtliche Gefangene befreit. Das Getobe und Gejohle der Gefangenen war weithin hörbar. Bewaffnete Arbeiter erklärten, daß sie den Abmarsch der Regierungstruppen erzwingen wollen. Auf dem Pfluggschen Hause, nahe dem Berliner Tor, war ein Maschinengewehr aufgestellt, mit dem die Grenadierkaserne unter Feuer genommen wurde. Die Grenadiere erwiderten das Feuer und hielten die Angreifer in respektvoller Entfernung. Um 12 Uhr verstummte das Feuer gegen die Kaserne. Die Besatzung hat zwei Tote und einen Verwundeten zu beklagen. Sie ist fest entschlossen, jeden weiteren Angriff abzuwehren. Es heißt, daß sich die Pioniere bereits gestern abend ergeben haben. Doch ist darüber nichts Näheres zu erfahren. Die Truppen der Hauptwache und des Garnisonkommandos haben sich ergeben. Die Hauptwache ist von Zivilisten mit weißen Binden und Gewehren besetzt, doch weiß man nicht recht, wer die Leute beauftragt hat. Während der ganzen Nacht fanden lebhafte Gefechte im Mittelpunkt der Stadt statt, wobei zahlreiche Läden ausgeplündert wurden. Hier wurden die Arbeiterposten von Plünderern stark beschossen. Die Zahl der Opfer bei den letzten Kämpfen ist sehr erheblich. Näheres läßt sich darüber noch nicht feststellen. Es herrscht in der Stadt noch ein wildes Durcheinander, und niemand weiß, wer augenblicklich eigentlich die Macht in den Händen hat.

Ein diplomatischer Schritt der Neutralen?

Wie einem Berliner Blatte von angeblich gutunterrichteter Seite berichtet wird, bereiten die Neutralen eine besondere diplomatische Aktion vor. Sie wollen ihrer Ansicht Ausdruck geben, daß sie der Einladung zum Völkerbunde nur dann Folge leisten, wenn die Wilsonschen Grundsätze in weitester Ausführung garantiert sind. Die Neutralen glauben, daß nur die sichere Anwendung dieser Grundsätze ihnen jene Privilegien und Vorteile sichern würde, die ihnen als kleinen Staaten in Aussicht gestellt werden. Auch verlangen die Neutralen die Durchführung dieser Grundsätze als Gegenleistung für die Verpflichtungen, die sie übernehmen sollen. Ferner wird in diplomatischen Kreisen versichert, daß Holland, die Schweiz und Schweden einen diplomatischen Schritt bei der Entente in Aussicht genommen haben, um die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen zu verlangen.

Der sonst deutschfeindliche „Telegraaf" bezeichnet die drei letzten Noten des Grafen Brockdorff als die bedeutungsvollsten und schreibt: Wir sind davon überzeugt, daß die Alliierten sich den wirklich stichhaltigen Argumenten nicht verschließen werden. Vor allem die für das Saarbecken getroffene Regelung wird von den Deutschen als unzulässig erachtet. Was die deutschen Delegierten darüber sagen, ist sehr deutlich und fordert keine nähere Erläuterung.

Ein Protest der Ausländer in Berlin.

Eine Versammlung der Ausländer in Berlin, zu der über hundert Vertreter der verschiedenen Nationen erschienen waren, hat folgende Entschließung angenommen: Die in Berlin ansässigen Ausländer, die im Schoße der internationalen Union am heutigen Tage versammelt sind, richten an das Gewissen der Völker einen flammenden Protest gegen den Frieden von Versailles, der ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit, auf Treu und Glauben bildet. Unsere Volksgenossen in der Heimat mögen mit uns ihre Stimme erheben, auf daß ein neuer gerechter Friede zustande komme.

Die Ausplünderung Deutschlands.

Ein französischer Offizier bei der Transportkommission der Armee Haller mit besten Verbindungen (4 Jahre bei der Botschaft in Berlin gewesen, Schwiegersohn des kommandierenden Generals des 14. Armeekorps, Ordonnanzoffizier bei Foch) äußerte in vertraulichen Gesprächen:

Es wird unsererseits darauf hingearbeitet, daß auch das letzte Gold aus Deutschland heraus muß. Die Bedingungen werden so angelegt, daß auch alles Gold, was sich in den Goldwarengeschäften befindet, ob die deutsche Regierung will oder nicht, herausgezogen werden muß und in unsere Hände kommt.

Die Balkanisierung Europas.

Zu Wilsons Rede in der Gesellschaft für Völkerrecht sagt „Daily News" in einem Leitartikel, die Friedensbedingungen seien mit der Rede auf den ersten Blick schwer in Einklang zu bringen; sie erschienen vielmehr als reines Produkt der Rachsucht und der Furcht. Erwähnt wird Garvins ausgezeichnete und mutige Analysis im „Observer", wonach die Friedensbedingungen die Balkanisierung Europas bedeuten würden. Der ganze Kontinent würde in feindliche, aufeinander eifersüchtige Lager zerrissen werden, die andauernd Brände verursachen würden, große und kleine, Deutsche gegen Polen, Jugoslawen gegen Italiener, Madjaren gegen Rumänen. Würde die als Völkerbund verkleidete Triple-Allianz sie mit Gewalt zu unterdrücken suchen, so würde über kurz oder lang ein Gegenbündnis, etwa Deutschland und Rußland, entstehen. Eine Hälfte der Welt könne nicht die andere auf die Dauer unterdrücken.

Fochs Reise zur Front.

Wie aus Versailles gemeldet wird, erfolgte die Reise Fochs zur Front auf Beschluß des Obersten Rates. Foch soll die Vorbereitungen für einen eventuellen Vormarsch der Alliierten treffen. Wie verlautet, sind diese Vorbereitungen zum Vormarsch auf rechtsrheinische Gebiete bereits durchgeführt.

Anschließend wird aus Koblenz berichtet, daß Foch in Begleitung einer Anzahl höherer Offiziere zu Schiff dort eingetroffen ist.

Wenn Clemenceau glaubt, uns durch Foch schrecken zu können, so befindet er sich auf dem Holzwege. Wir lehnen den Friedensvertrag ab, es komme was wolle! Mögen sie einmarschieren, wenn sie den Mut haben!

Rüstungen der amerikanischen Handelswelt.

Norwegische Kaufleute, die von einer Informationsreise aus den Vereinigten Staaten in Bergen eingetroffen sind, teilen mit, daß die amerikanische Handelswelt augenblicklich die größten Anstrengungen macht, um nach Abschluß des Friedens die europäischen Märkte zu erobern. Die amerikanischen Exportfirmen haben für diese Zwecke sich bereits zu einer Riesenorganisation zusammengeschlossen, die über große Kapitalien verfügt. Auf den amerikanischen Werften wird zurzeit mit Hochdruck gearbeitet, um den genügenden Schiffsraum für diese Zwecke herzustellen. Nach Mitteilungen des amerikanischen Schiffahrtskontrolleurs Hurle soll die Handelsflotte der Vereinigten Staaten, die im Kriege auf eine Tonnage von 2,2 Millionen gekommen ist, in möglichst kurzer Zeit verdreifacht werden.

Erleichterte Fischeinfuhr.

Aus Ymuiden wird berichtet, daß die Beschränkungen der Fischeinfuhr nach den unbesetzten Teilen von Deutschland aufgehoben worden ist.

Gebotene Vorsicht bei Einfuhrgenehmigungen.

Es findet zurzeit ein Sturm von Anträgen auf Bewilligung von Einfuhrgenehmigungen beim Reichswirtschaftsamt statt. Engländer und Franzosen haben eine Quantität von Fertigwaren angehäuft, die von deutschen Händlern angekauft worden sind. Diese Händler haben ein begreifliches Interesse daran, diese Waren abzusetzen, was vielfach nur unter Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaftsinteressen geschehen könnte. Die Anträge werden deshalb von Fall zu Fall geprüft und in großer Zahl abgelehnt, namentlich dann, wenn es sich um offenbare Schiebungen handelt.

Monroedoktrin — Wilsondoktrin.

Nach einem Newyorker Telegramm des „Secolo" hat Wilson in einer Botschaft an den Kongreß, die die Friedensfrage zum Gegenstand hat, darauf hingewiesen, daß die Isolierung der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik der Vergangenheit angehöre. Die Union sei durch den Krieg zu einem wesentlichen Bestandteile des internationalen Lebens geworden, nachdem sie zugunsten der gemeinsamen Freiheitssache während des Weltkrieges ebenso große Opfer an Gut und Blut gebracht habe, wie ihre europäischen Alliierten. In den Kreisen des Senats und des Kongresses haben die Ausführungen Wilsons ungeheures Aufsehen erregt. Auch die amerikanische Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Haltung Wilsons zur auswärtigen Politik des Landes, deren Tendenz im Gegensatz zur Monroedoktrin als Wilsondoktrin bezeichnet wird.

Die Hoffnung auf die Internationale.

Der Berichterstatter des „B. T." drahtet, daß das gesamte französische Proletariat die schleunigste Unterzeichnung des Friedens wünscht, einerlei wie dieser Friede beschaffen ist, weil er ihnen Demobilisation und Arbeit bringe. Die Politik der deutschen Unabhängigen, die glauben, daß nach der Unterzeichnung die Entrüstung des Weltproletariats den Vertrag wieder umwerfen würde, ist für jeden, der französische oder nur menschliche Verhältnisse kennt, so unsinnig, daß man nicht an ihre Aufrichtigkeit glauben kann. Schon jetzt ist zu erkennen, wie lau und in sich gespalten die ganze angebliche Protestbewegung des französischen Sozialismus ist.

Das Reuterbureau erfährt, daß die Einladung der deutschen Sozialisten an die alliierten Sozialisten, eine Delegation nach Deutschland zu entsenden, angenommen worden ist. Arthur Henderson, Wibaut und Mistral sind zu Mitgliedern dieser Delegation ernannt worden. Die Frage, ob sich die Delegation nach Deutschland begeben wird, hängt vollkommen von der Unterzeichnung des Friedens ab.

Also, Henderson ist so gütig, der deutschen Bitte zu folgen, — aber erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.

„Nieuwe Rott. Cour." wird aus Paris gemeldet, daß die französischen, britischen und niederländischen Delegierten der Gewerkschaften beschlossen haben, für den 28. Juli in Amsterdam eine internationale Arbeiterkonferenz einzuberufen. Das Programm ist die Wiederherstellung der Internationale und die Untersuchung der internationalen Lage und der Ansprüche der Arbeiter.

Also auch hier warten die „Internationalen", bis der Friedensvertrag unterzeichnet ist.

Die russischen Bolschewisten

haben durch den Volkskommissar für Auswärtiges Tschitscherin einen Funkspruch an das deutsche arbeitende Volk gerichtet, in welchem die Russen den Deutschen ihre Teilnahme und Sympathie ausdrücken. Der gegnerische Imperialismus — so heißt es weiter — trachtet nur danach, das besiegte Volk, das bisher sein Gegner war, empfindlich und schmerzlich zu treffen, und es vollkommen auszusaugen und es in seine ewigen Gefangenen und Sklaven zu verwandeln. Unerhörte Bedingungen, unerhörte Knechtschaft, das bedeutet für das deutsche werktätige Volk der sogenannte Friedensvertrag, der ihm von den entmenschten Siegern schamlos aufgezwungen wird. Rache, Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entkräftete deutsche Volk nötigt. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden entrissen, seine kostbarsten Naturschätze werden ihm abgenommen, es wird gezwungen, eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst wenn das ganze deutsche Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Befriedigung seiner Sieger arbeitete, es nicht imstande sein würde, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entwaffnet, daß in jedem Augenblick der Sieger ins Innerste seines Landes wird eindringen können, um ihm die letzten Stöße zu versetzen. Zum Schluß hebt Tschitscherin hervor, daß in der unaufhaltsam wachsenden Weltrevolution der arbeitenden Massen, in der brüderlichen revolutionären Solidarität der Arbeiter aller Länder und in der internationalen revolutionären Einigkeit das Pfand zur baldigen Befreiung Deutschlands liegt.

Tschitscherin scheint gar nicht zu wissen, daß eine „internationale revolutionäre Einigkeit" gar nicht vorhanden ist und daß die Revolutionäre Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas in ihrer Unbedeutendheit gar nicht fähig sind, die Weltrevolution hervorzurufen.

Anschlußverzicht Deutsch-Oesterreichs?

Pariser diplomatischer Quelle zufolge ist die Anschlußfrage von Deutsch-Oesterreich zugunsten der französischen Auffassung entschieden worden. Es heißt, daß Staatsrat Dr. Renner die Frage, ob die Alliierten ihre Zustimmung zum Anschluß an Deutschland geben, bei den Verhandlungen in St. Germain nur noch formell stellen werde.